



Zentral: Unter den Augen der Öffentlichkeit behandelt der Grosse Rat unter anderem die Beiträge an regionale Kulturinstitutionen.

Bild Maroo Hartmann

Geld für das Kulturgesetz gibts vielleicht erst Ende Jahr

Der Grosse Rat hat gestern das totalrevidierte Kulturförderungsgesetz angenommen, sich aber gegen Rahmenkredite ausgesprochen. Über die Finanzierung des Gesetzes wird im Dezember diskutiert.

von Valerio Gerstlauer

Es ist der zentrale Punkt des neuen kantonalen Kulturförderungsgesetzes: die Finanzierung. Denn das Musikschulen-, regionale Museen und Kulturinstitutionen künftig mehr Geld erhalten sollen, wurde dank mehrerer Artikel im neuen Gesetz verankert.

Wie schon bei der Debatte am Dienstag wurde gestern allerdings klar, dass eine bürgerliche Mehrheit im Grossen Rat möglichst zurückhaltend bei der Kulturförderung vorgehen möchte – so auch bei der Finanzierung. Die von einem Teil der zuständigen Kommission geforderten Rahmenkredite für die folgenden vier Jahre wurden mit 61:49 Stimmen abgelehnt.

Damit gilt der von der Regierung vorgeschlagene Gesetzestext, wonach der Grosse Rat jährlich im Rahmen des Budgets die Kredite aus allgemeinen Staatsmitteln festsetzt. Ausserdem stehen weiterhin die Gelder aus der Landeslotterie zur Verfügung. Die nächste Budgetdebatte erfolgt im Dezember, bevor dann voraussichtlich

am 1. Januar 2018 das neue Kulturgesetz in Kraft treten soll. Zusammen mit Vertretern der FDP und SVP hatte sich Regierungsrat Martin Jäger gegen die Rahmenkredite als dritten Finanzierungstopf ausgesprochen. Jäger erklärte, dass die Kulturinstitutionen Planungssicherheit durch Leistungsvereinbarungen erhalten würden, nicht durch Rahmenkredite. «Das neue Gesetz macht Steigerungen der finanziellen Mittel auch in Zukunft möglich.»

Kollegers Überraschungsantrag

Durch einen Antrag warf BDP-Grossrat Andy Kollegger das Thema Rahmenkredite nochmals auf, nachdem das neue Kulturförderungsgesetz deutlich mit 98:7 Stimmen angenommen wurde. Kollegger schlug vor, zwölf Millionen für die nachfolgenden vier Jahre zu gewähren. «Es kann bis zu vier Jahre dauern, bis die Regierung das benötigte Kulturförderungskonzept erarbeitet hat – ich habe Angst davor, dass wir Mehrausgaben haben und am Schluss mit dem gleichen Geld haushalten müssen», betonte Kollegger. Der Grosse Rat liess sich von Kollegers Rede nicht beein-

Durch einen Antrag warf BDP-Grossrat Andy Kollegger das Thema Rahmenkredite nochmals auf.

drucken und lehnte seinen Antrag mit 75:29 Stimmen ab.

Montalta-Artikel nun griffiger

Ein weiterer zentraler Punkt des neuen Gesetzes ist Artikel 21 betreffend Beiträge an regionale Kulturinstitutionen. Mit diesem Artikel wurde der Auftrag Montalta zur Förderung und Finanzierung der Regionalmuseen und regionalen Kulturzentren verhandelt. Hier entschied sich eine Mehrheit des Grossen Rates für mehr Verbindlichkeit und die Streichung der «Kann»-Formulierung. Neu lautet der Gesetzestext: «Der Kanton richtet an regionale Kulturinstitutionen, insbesondere an regionale Museen, Kulturför-

derungsstellen und Kulturarchive Beiträge aus.»

Zuvor hatte Regierungsrat Jäger versichert, dass mit der am Dienstag beschlossenen Umformulierung von Artikel 17 – Gemeinden statt Regionen sollen Kulturgut von regionaler Bedeutung sichern – der Auftrag Montalta trotzdem erfüllt werden könne. Die Umformulierung habe keinen Einfluss auf Artikel 21.

Regierung wählt die Kommission

Zu reden gab schliesslich mit Artikel 22 die Kulturkommission, die die Regierung bei ihren Entscheidungen berät. Vertreter der SVP und FDP forderten, dass die Kommission künftig nicht mehr von der Regierung, sondern vom Grossen Rat gewählt wird. FDP-Grossrat Bruno Claus führte das Argument ins Feld, dass der Stellenwert der Kultur erhöht werde, wenn die Kommissionsmitglieder im Grossen Rat bestimmt würden. Regierungsrat Jäger hielt dagegen, indem er daran erinnerte, dass dadurch nicht mehr Kulturexperten, sondern vor allem Politiker in der Kommission ein-sitzen würden. Claus' Ansinnen wurde mit 92:18 Stimmen abgelehnt.

Die Hoffnung stirbt zuletzt

Die Rahmenkredite wurden relativ knapp abgelehnt – das lässt hoffen.

Ein Kommentar von Valerio Gerstlauer, Redaktor Kultur



Die SP-Grossrätin Sandra Locher Benguerel brachte es gestern vor der Schlussabstimmung auf den Punkt: Mit dem neuen Kulturgesetz wurden im Vergleich zu dessen Vorläufer nur minimale positive Fortschritte erzielt. Geschaffen wurden die Grundlagen, die Sing- und Musikschulen sowie die regionalen Museen stärker zu unterstützen. «Da die Hauptfrage der Finanzierung aber vertagt wird, bleibt das Gesetz eine Hülle», bilanzierte Locher Benguerel.

Erst bei der Budgetdebatte im Dezember wird sich also zeigen, ob der Grosse Rat tatsächlich gewillt ist, mehr Geld in den Kulturbereich fliessen zu lassen und diesem dadurch zum Aufblühen zu verhelfen. Fest steht, dass Rahmenkredite im Grossen Rat kaum eine Chance haben. Planungssicherheit müssen

Kulturinstitutionen weiterhin über Leistungsvereinbarungen zu erreichen suchen. Der Grosse Rat will die grösstmögliche Kontrolle über die Finanzen haben und jedes Jahr das Kulturbudget bestimmen.

Anlass zur Hoffnung gibt die relativ knapp ausgefallene Abstimmung zu den Rahmenkrediten. Diese wurden mit 61:49 Stimmen abgelehnt. Bis auf die SVP, die strikte gegen eine stärkere Kulturförderung Stellung bezieht, könnten sich in den Reihen aller bürgerlichen Parteien durchaus noch etliche Grossräte finden, die die Kultur mit mehr Geld ausstatten wollen. Auch die geforderten drei Millionen mehr pro Jahr haben eine realistische Chance. Denn in der FDP scheint man den Wert der Kultur erkannt zu haben, wie zahlreiche Grossräte während der Debatte bekräftigt haben. Dieser Wert

wird vor allem von einer wirtschaftlichen Warte aus gesehen: Die Kultur soll mehr Touristen nach Graubünden locken. Dies ist nicht unbedingt sympathisch – könnte der Sache trotzdem durchaus dienlich sein.

In einer Bilanz zur Kulturgesetz-Debatte darf schliesslich die Haltung von Regierungsrat Martin Jäger nicht unerwähnt bleiben. Er zeigte sich bisweilen auf irritierende Art abweisend gegenüber Ideen, die der Kultur zu mehr Geltung verhelfen hätten. Öfter erwähnte Jäger, dass Graubünden im Vergleich zu anderen Kantonen bei der Kulturförderung überdurchschnittlich gut dastehe. Dies wirft schon die Frage auf, wie wichtig Jäger kulturelle Weiterentwicklung ist.

Kontaktieren Sie unseren Autor: valerio.gerstlauer@somedia.ch

Spritzkanne



Ui, ui, ui, Herr Regierungsrat, Herr Polizeidirektor **Christian Rathgeb**. Ihr Schuss ging aber ins eigene Knie. Nein, der Kanton Graubünden habe bei der Polizei keine Stellen abgebaut, sagten Sie gestern in der Fragestunde im Grossen Rat. Und Sie wüssten halt auch nicht, weshalb das am 2. Februar so in der «Südostschweiz» gestanden habe, machten Sie sich lustig. **Fake News oder so, Herr Regierungsrat?** – Ja, aber anders. Tatsächlich betrug der Mitarbeiterbestand an Polizisten im Kanton Graubünden per 1. Januar 2017 473,1 Pensen. 2016 waren es sogar 481,2 Pensen, acht mehr. – Unsere Quelle? – Eine Tabelle der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten. Entweder produzieren wohl die kantonalen Polizeikommandanten Fake News in ihren Statistiken – oder Sie, Herr Rathgeb, in Ihrem Votum vor dem Grossen Rat. Beides wäre doch eher beunruhigend.

Jugendarbeit wird nicht gestärkt

Der Grosse Rat will nichts davon wissen, dass der Kanton die Gemeinden beim Ausbau ihrer Kinder- und Jugendarbeit unterstützt. Einen entsprechenden Vorstoss, der auf einer Petition des Bündner Mädchenparlaments beruht, hat er gestern knapp abgelehnt. Mit dem Vorstoss hätte die Regierung zudem verpflichtet werden sollen, vermehrt auch Bundesgelder im Rahmen des Kinder- und Jugendförderungsgesetz abzurufen. (so)

860 000 Franken mehr für Ski-WM

Die Ski-WM St. Moritz steht vor höheren Kosten. Der Grosse Rat hat deshalb eine zusätzliche Defizitgarantie in Höhe von 860 000 Franken beschlossen. Die Mehrkosten seien «nicht voraussehbar» gewesen, hiess es im Rat. Angefallen sind die Mehrkosten unter anderem wegen zusätzlicher ausserkantonaler Polizeikräfte und höherer Sicherheitskosten. (so)

Kompetenzzentrum für Tourismus

Die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Chur soll den Tourismus-Schwerpunkt stärken. Das fordert ein Auftrag im Grossen Rat, der gestern diskussionslos überwiesen wurde. Die Regierung will jetzt den bestehenden Leistungsauftrag mit der HTW entsprechend abändern. (so)

Gestern hat der Grosse Rat ...

suedostschweiz.ch



- die parlamentarische Fragestunde bestritten;
- einen Zusatzkredit über 860 000 Franken für die laufende Ski-WM in St. Moritz bewilligt;
- das Kulturförderungsgesetz mit 98:7 Stimmen nach tagelanger Debatte gutgeheissen;
- parlamentarische Vorstösse und Anfragen diskutiert;
- die Februarsession beendet.